

Klimaschutz kostet 45 000 000 000 000 Dollar

„1300 neue Atomreaktoren und Zigtausende Windräder nötig“/ Bundestag billigt Milliarden-Programm für Ökostrom

Von Michael Bauchmüller

Berlin – Nur mit einer „Energie-Revolution“ kann die Welt nach Auffassung der Internationalen Energie-Agentur den Klimawandel bremsen. Nötig seien Investitionen von 45 Billionen Dollar bis 2050, heißt es in einem Bericht der Agentur an die Gruppe der acht führenden Industriestaaten. In Berlin billigte der Bundestag am Freitag neue Energiegesetze. Sie sollen den Ausbau von Ökoenergien forcieren.

Dagegen setzt die atomkraftfreundliche Internationale Energie-Agentur (IEA) nicht nur auf Öko-Energien, sondern auch auf Kernkraft. So müssten bis Mitte des Jahrhunderts jährlich 32 neue Kernkraftwerke ans Netz gehen. Das entspräche etwa 1300 Anlagen. Derzeit gibt es weltweit 439 Reaktoren. Zudem müsse die Hälfte der Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen stammen, also etwa

Sonne und Wind. Dazu müssten jährlich allein 17 500 Windräder gebaut werden.

Nur durch einen massiven Umbau der globalen Energieversorgung lasse sich der Klimawandel noch bremsen, schreibt die Agentur. Nach Auffassung des Weltklimarates IPCC müssten dazu bis 2050 die globalen Treibhausgas-Emissionen halbiert werden. „Trotz der weltweiten Anerkennung des Problems sind die Emissionen in den vergangenen Jahren aber immer schneller gestiegen“, warnte IEA-Direktor Nobuo Tanaka bei der Vorstellung des Berichts in Tokio. Die Agentur hatte den Bericht kurz vor einem Treffen der G-8-Energieminister abgegeben.

Damit gerät Deutschland wenige Wochen vor dem G-8-Gipfel im japanischen Toyako bei der Kernkraft weiter unter Druck. Seit auch Italien die Rückkehr zur Atomenergie angekündigt hat, steht die Bundesregierung mit ihrem Nein zu der Technologie im Kreis der Industriestaaten allein. Die Gastgeber wollen die

Kernkraft ins Schlussdokument des Gipfels aufnehmen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) lehnte die Atom-Ausbaupläne umgehend ab. „Sicherheitspolitisch ist das ein Horrorszenario“, sagte er. Entscheidend seien der Ausbau erneuerbarer Energien und der effiziente Umgang mit Strom und Wärme.

Der Bundestag verabschiedete am Freitag ein Gesetzespaket zum Kampf gegen den Klimawandel. Der Ausbau erneuerbarer Energien soll damit in den nächsten Jahren schneller vorangehen. Vor allem für Windräder auf dem Meer wurden die Fördersatzte deutlich angehoben. Der Anteil der Ökoenergie am deutschen Stromverbrauch soll bis 2020 auf 30 Prozent ansteigen, gegenüber etwa 14 Prozent heute. Die Förderung, derzeit 4,3 Milliarden Euro im Jahr, soll bis 2015 auf 7,1 Milliarden Euro anwachsen. Der Bundestag stimmte auch einer stärkeren Förderung effizienter Kraftwerke zu, die neben Strom auch Wärme für Haushalte

und Industrie erzeugen. Ihr Anteil an der Stromproduktion soll bis 2020 auf ein Viertel anwachsen. Bislang stellen Heizkraftwerke gut zwölf Prozent der deutschen Elektrizität bereit. Die Gesetze sollen helfen, die deutschen Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu verringern. Ein solches Etappenziel empfiehlt auch der Weltklimarat. Bislang hat die Bundesrepublik 20 Prozent geschafft.

Die Opposition kritisierte das Gesetzespaket. Grünen-Fraktionsvize Bärbel Höhn bezeichnete die Klimabilanz der Bundesregierung als „enttäuschend“. Die FDP-Abgeordnete Gudrun Kopp sprach von einem „schlechten Tag für die Verbraucher“, die nun stärker belastet würden. Offenbar könnte die deutsche Klimapolitik der deutschen Wirtschaft aber auch erheblich helfen. Einer Studie im Auftrag des Umweltministeriums zufolge könnten unter dem Strich 500 000 neue Jobs entstehen. (Wirtschaft)